



FDP | 25.02.2016 - 11:45

Asylsuchende aus sicheren Drittstaaten zurückweisen



Der jüngste EU-Gipfel zur Flüchtlingskrise erzielte keinen Durchbruch. FDP-Chef Christian Lindner fordert: Deutschland muss zurück zur Dublin-III-Regelung und Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten konsequent zurückweisen. "Frau Merkel legt das Recht so aus, dass viele Asylsuchende nach Deutschland kommen, denen man dies mit gutem Grund versagen könnte und müsste", kritisierte er [im Interview mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung"](#) [1]. Die Kanzlerin habe den Eindruck erweckt, als sei das Asylrecht ein allgemeiner Einwanderungsparagraf. "Sie hat damit unser Land in Europa isoliert. Das muss ein Ende haben."

Dies sei die einzige Möglichkeit, deutlich zu machen, dass die Bewältigung der Krise keine deutsche, sondern eine europäische Aufgabe sei, so der FDP-Chef weiter. In der Flüchtlingspolitik müsse zudem die Priorität künftig auf Hilfe in den Nachbarstaaten Syriens liegen. "Viele Menschen werden ihre Flucht oder Auswanderung gar nicht bis Nordeuropa fortsetzen, wenn Deutschland seine Politik der grenzenlosen Aufnahmebereitschaft beendet", gab der Freidemokrat zu bedenken.

"Wir wollen, dass weiterhin Flüchtlinge aufgenommen werden. Aber kontrolliert und mit Ordnung", betonte Lindner. "Erst recht wollen wir legale Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Wir sind gegen Schlagbäume an Binnengrenzen." Die Voraussetzung für all das seien sichere Außengrenzen und gemeinsame europäische Regeln. Die Aufgabe der Grenzsicherung dürfe allerdings nicht der griechischen Regierung überlassen werden, unterstrich Lindner. Ebenso wenig dürfte "ausgerechnet der türkische Staatspräsident Erdogan zum Hoffnungsträger" stilisiert werden, stellte er klar. Stattdessen brauche es eine gemeinsame europäische Grenzpolizei.

Lesen Sie hier das gesamte Interview.

Vor dem EU-Gipfel, Herr Lindner, haben Sie gesagt, wenn es dort keine Einigung auf eine gemeinsame Strategie geben sollte, müsste Deutschland Flüchtlinge, die aus sicheren Drittstaaten einreisen wollten, zurückweisen. Es gab keine Einigung. Was nun?

Deutschland muss sofort Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten zurückweisen. So handelt auch das rot-grün regierte Schweden. Frau Merkel legt das Recht hingegen so aus, dass viele Asylsuchende nach Deutschland kommen, denen man dies mit gutem Grund versagen könnte und müsste. Die Bundeskanzlerin hat den Eindruck erweckt, als sei das Asylrecht ein allgemeiner Einwanderungsparagraph. Sie hat damit unser Land in Europa isoliert. Das muss ein Ende haben. Das ist die einzige Möglichkeit, deutlich zu machen, dass die Flüchtlingssituation nicht eine deutsche, sondern eine europäische Aufgabe ist.

Wo sollen die Flüchtlinge dann bleiben: in der Türkei, in Griechenland, in Italien?

Die Priorität muss auf Hilfe in den Nachbarstaaten Syriens liegen. Viele Menschen werden ihre Flucht oder Auswanderung gar nicht bis Nordeuropa fortsetzen, wenn Deutschland seine Politik der grenzenlosen Aufnahmebereitschaft beendet. Dazu ist Frau Merkel noch nicht bereit. Sie regiert ihrer Parole „Wir schaffen das!“ seit Monaten hinterher, ohne dass die Lage unter Kontrolle ist.

Also nationale Lösungen?

Solange Europa nicht handlungsfähig ist, brauchen wir nationale Zwischenschritte.

Ist das zu verantworten in einem Europa, das sich ohnehin in Schieflage befindet wie selten zuvor?

Mein Eindruck ist ein anderer. Frankreich, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Schweden, Italien, Spanien, Österreich haben eine andere Meinung als Deutschland zur Flüchtlingsfrage. Insofern ist eine Wende von Frau Merkel eine Voraussetzung dafür, dass wir in Europa wieder über Gemeinsamkeiten sprechen können - etwa über eine gemeinsame europäische Grenzpolizei zur Kontrolle der EU-Außengrenze. Das kann man nicht der griechischen Regierung überlassen. Wir dürfen auch nicht ausgerechnet den türkischen Staatspräsidenten Erdogan zum Hoffnungsträger stilisieren. Wir könnten dann zudem über Flüchtlings-Kontingente sprechen. Mein Ziel ist jedenfalls nicht die Abschottung Deutschlands.

Die Große Koalition bietet nur ein Trauerspiel

Im Kern vertreten Sie doch die Linie der CSU und der sonstigen Kritiker der Flüchtlingspolitik Angela Merkels. Lindner und Horst Seehofer Hand in Hand. Mal was Neues?

Eine witzige, aber falsche Pointe. Wir wollen, dass weiterhin Flüchtlinge aufgenommen werden. Aber kontrolliert und mit Ordnung. Erst recht wollen wir legale Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Und zwar von Menschen, die wir uns aussuchen. Wir sind gegen Schlagbäume an Binnengrenzen. Die Voraussetzung für all das sind sichere Außengrenzen und gemeinsame europäische Regeln. Das hat die Bundeskanzlerin mit ihrem Alleingang erschwert. Sie geht einen deutschen Sonderweg. Ich verstehe nicht, warum sie nicht schon auf dem EU-Gipfel eine Wende angekündigt hat. Sie darf nicht länger gesinnungsethischen Träumereien anhängen.

Was sagen Sie zu Seehofers Wort, in Deutschland gebe es eine „Herrschaft des Unrechts“?

Wer diese Worte gebraucht, der delegitimiert Staatlichkeit. Die Entscheidung von Frau Merkel war

politisch falsch, aber sie war legal. Der CSU-Vorsitzende Seehofer erweckt den Eindruck eines Staatsstrechs. Damit spielt er den Rechtspopulisten in die Hände, die unsere offene Gesellschaft zerstören wollen.

Was halten Sie von der Drohung der bayerischen Staatsregierung, gegen die Flüchtlingspolitik Merkels eine Verfassungsklage einzureichen?

Nichts. Vor allem verstehe ich nicht, dass die CSU gegen die Bundesregierung klagen will, an der sie selbst beteiligt ist. Wenn Seehofer konsequent wäre, müsste er seine Minister aus dem Bundeskabinett abziehen. So bleibt nur der Eindruck von Theaterdonner. Auch davon profitieren die Rechtspopulisten.

Glauben Sie, Seehofer blufft nur?

Ich mache mir keine Gedanken um Herrn Seehofer. Mir geht es um eine Lösung für Deutschland, und ich sehe, dass die große Koalition nichts vorantreibt. Im Moment bietet sie nur ein Trauerspiel. Wir brauchen zum Beispiel ein Einwanderungsgesetz. Wir brauchen unbürokratische Möglichkeiten dafür, dass Flüchtlinge in den regulären Arbeitsmarkt kommen. Das erleichtert die Integration. CDU und CSU aber sperren sich immer noch dagegen.

Unlängst äußerten Sie, Angela Merkel solle im Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Das mutet merkwürdig an - bei einer Zweidrittelmehrheit der großen Koalition.

Herr Seehofer hat, wie gesagt, die Absicht, gegen die Politik von Frau Merkel zu klagen. Der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler hat die Zuwanderungspolitik der eigenen Regierung als chaotisch bezeichnet. Die Spitzenkandidaten der CDU in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz rebellieren gegen Frau Merkel. Es würde mich schon interessieren, ob die Kanzlerin noch das Vertrauen der sie tragenden Parteien hat.

Nehmen wir an, es käme soweit und Frau Merkel hätte keine Mehrheit. Wie geht es denn dann weiter?

Dann müsste es eine Entscheidung des Bundespräsidenten geben, ob er den Bundestag auflöst und anschließend ein neuer gewählt wird. Wir sind auf alles vorbereitet. Ich erwarte das aber nicht. Mit der Vertrauensfrage würde Frau Merkel allerdings Disziplin herstellen. Und die ist nötig, denn wir können uns diese instabile Regierung nicht länger erlauben.

FDP kämpft für die Länderwende

Die Prognosen für die FDP bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sehen gut aus. Doch für ein Zweierbündnis mit der CDU reicht es nicht. Was heißt das für Baden-Württemberg?

Unsere Freunde im Südwesten haben klargemacht, dass die politischen Gemeinsamkeiten mit den Grünen es als nicht vorstellbar erscheinen lassen, Winfried Kretschmann zum Ministerpräsidenten zu wählen. Die Grünen müssten für eine Koalition mit uns ihre bisherige Politik gegen Gymnasien und Autos um 180 Grad wenden, das ist nicht zu erwarten. Nach Lage der Dinge sind die Gemeinsamkeiten mit der Union am größten. Wenn es mit der CDU keine Mehrheit im Landtag gäbe, sollte man über neue Konstellationen nachdenken - etwa eine Koalition aus CDU, SPD und FDP. CDU und SPD sind ja ohnehin kaum noch zu unterscheiden.

Wie liegen die Dinge in Rheinland-Pfalz: Ist dort eine Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP ebenfalls ausgeschlossen?

Das hat unser Spitzenkandidat Volker Wissing bereits öffentlich gesagt. Im übrigen dient auch die Arbeit in der Opposition dem Gemeinwohl.

Früher haben Sie doch erfolgreich mit der SPD in Rheinland-Pfalz regiert.

Das waren andere Zeiten. Die SPD ist nach links gerückt und will weiter mit den Grünen zusammenarbeiten. Eine Ampelkoalition ist eben etwas anderes als eine sozialliberale.

Eine im Auftrag der FDP erstellte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass nur die Anhänger der AfD noch kritischer gegenüber der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel sind als diejenigen der FDP. In Baden-Württemberg wirbt die FDP schon mit dem Begriff, sie sei die „Alternative für Demokraten“. Sie ringen also mit der AfD um Wählerstimmen?

Nein. Wir sehen die Flüchtlingspolitik von Frau Merkel aus der Perspektive überzeugter Europäer kritisch. Anders als die AfD wollen wir keine Abschottung Deutschlands. Wir betreiben keine autoritäre Politik mit Ressentiments, sondern kämpfen für die liberale Gesellschaft. Wer also Merkels Politik kritisiert, sollte die Rechtsstaatspartei FDP stärken und nicht die Rechtspopulisten..

Nach der Spaltung der AfD im vorigen Jahr wollte manches AfD-Mitglied zur FDP kommen.

Die fundamentalistische Kritik der AfD an Europa vor ihrer Spaltung hat die Partei für deutschnationales Gedankengut geöffnet. Diese Leute wollen wir nicht haben. Sie haben in der FDP nichts verloren.

Sie sind das Gesicht der FDP, geben die meisten Interviews. Sehen Sie sich als Alleinunterhalter?

Nein. Ich kann Ihnen eine Reihe von FDP-Politikern nennen, mit denen Sie gehaltvolle Interviews führen können, aber Sie wollten ja mich.

Haben Sie noch Kontakte zu ihren alten Freunden, den ehemaligen FDP-Bundesministern Philipp Rösler und Daniel Bahr? Stehen die beiden noch für die FDP als Aktive zur Verfügung?

Sicher habe ich Kontakt. Wir haben uns aber personell und politisch erneuert. 2017 treten wir bei der Bundestagswahl an - und zwar als eine Partei, die anders ist als die, die 2013 ausgeschieden ist. Wir sind zu den Quellen unserer Grundüberzeugungen zurückgekehrt: Wir wollen den Einzelnen stark machen, nicht den Staat. Deshalb steht die Bildungspolitik heute bei uns im Zentrum. Wir wollen eine Marktwirtschaft, die den Einzelnen von Bürokratie entlastet, aber die großen Playern aus dem Silicon Valley klaren Regeln unterwirft. Und unverändert sind wir Anwalt für Privatsphäre und Privateigentum.

Das hätten auch Rösler und Bahr sagen können.

Das Wahlergebnis von 2013 war ein Auftrag zur Erneuerung.

Wo sind all die jungen FDP-Abgeordneten geblieben, die 2009 in den Bundestag kamen?

Die arbeiten in ihrem Ehrenamt, etwa in regionalen FDP-Vorständen, und haben ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die überwiegende Zahl von ihnen ist weiterhin politisch aktiv.

Wie wirkt es auf eine Partei, die seit 1949 selbstverständlich im Bundestag und meistens auch in der Regierung war, wenn sie nun schon seit mehr als zwei Jahren aus allem raus ist?

Das ist eine Bürde und eine Chance. Uns fehlt natürlich die parlamentarische Bühne, um unsere

Vorstellungen unter das Volk zu bringen. Die Chance aber war, dass die FDP viel grundsätzlicher arbeiten und sich erneuern konnte. Jetzt sind wir wieder bereit zu Verantwortung.

Würde die FDP noch einmal vier Jahre ohne Präsenz im Bundestag überstehen?

Die Sorge, dass das so kommt, habe ich nicht.

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/asylsuchende-aus-sicheren-drittstaaten-zuruckweisen>

Links

[1] <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fdp-chef-christian-lindner-im-interview-zur-fluechtlingskrise-14088765.html>